

Wirtschaft

Das schwierige Erbe des Marschalls

Die wirtschaftliche Öffnung Serbiens kommt in Schwung. Doch die Regierung trägt schwer an der Vergangenheit.

Antonio Malony

Auch in Belgrad hält die freie Marktwirtschaft langsam ihren Einzug. Serbien hat als letztes Land auf dem Balkan seine Tore für die Privatisierung wesentlicher Bereiche des Industrie- und Dienstleistungssektors geöffnet und verkauft sukzessive Teile davon. Die größte Aufmerksamkeit wurde zuletzt der Privatisierung des Mobilfunkers Mobtel (mittlerweile „Mobi63“) zuteil. In teils gnadenlosen Scharmützeln zwischen Regierung und Oligarchen musste das Unternehmen erst verkaufsfähig gemacht werden – auch mit dem Risiko, dass sich Investoren mit Schaudern vor solchen Rabiattmethoden abwenden.

Doch der serbischen Regierung blieb nichts anderes übrig: Sie balanciert auf schmalem Grat zwischen dem ex-kommunistischen Selbstverständnis von Betriebsleitern und Arbeiterbrigaden, zwischen korrupten und mächtigen Oligarchen aus der Milošević-Zeit und Forderungen der EU, endlich reinen Tisch zu machen und Serbien in die Neuzeit zu führen.

Ein Beispiel ist die lange Geschichte der Privatisierung des Auto- und Rüstungskonzerns Zastava in Kragujevac, etwa 150 Kilometer südlich von Belgrad. Das einst selbstverwaltete Unternehmen, ganzer Stolz der jugoslawischen Industrie, ist heute eine Ruine, die der serbische Staat nun schon seit Jahren versucht, in Einzelteilen zu verschern – was bisher scheiterte. In der Fabrik, die noch üppige Bombenschäden von den Nato-Angriffen 1999 aufweist, werden heute fünf Prozent der eigentlichen Jahreskapazität von 200.000 Autos gebaut, und auch die finden nur schleppend Käufer. Immerhin zählt allein das Autowerk immer noch 4.000 Mitarbeiter. Mit Investoren wie Fiat, Opel, Volkswagen, Ford, sogar General Motors gab es immer wieder Gespräche. Alle winkten ab.

Die Eigentümerfrage

Erst kürzlich hat die serbische Privatisierungsagentur den Verkauf der Lkw-Tochter Zastava Camioni, ein Joint Venture mit Iveco, ausgeschrieben. Die Interessenten rennen dem serbischen Wirtschaftsminister Predrag Bubalo nicht gerade die Türe ein. Warum alles so schwer ist, versucht Dušan Puača, Präsident der regionalen Wirtschaftskammer in Kragujevac, zu erklären: „Die Selbstverwaltung der Arbeiter, das war das Prinzip Jugoslawiens.“ Wenn allen alles gehört, wenn also die Devise „Ich gebe, was ich kann, und ich nehme, was ich brauche“ gilt, dann gibt es keinen Eigentümer an Gütern wie einer Fabrik – außer dem Kollektiv der Arbeiter. Daher kann niemand in Kragujevac so genau sagen, wem die Autofabrik Zastava eigentlich gehört.

Ein Firmenbuch im westlichen Sinn existiert (noch) nicht, ein Grundbuch ist die Zentralregierung in Belgrad gerade erst dabei, einzuführen. Unter diesen Voraussetzungen ist Investitionssicherheit ein Hasardspiel. Und das betrifft auch die meisten anderen

der aktuell 2.540 Unternehmen, die die Belgrader „Agencija za privatizaciju“ derzeit auf ihrer To-do-Liste stehen hat.

Dennoch sind die Bemühungen der Serben, ihre bürdenvolle Wirtschaftsgeschichte hinter sich zu lassen, zu spüren, wie auch Österreichs Außenhandelsattaché Herbert Preclik anmerkt: „Die Umstrukturierungen laufen langsam, aber die Direktinvestitionen entwickeln sich mittlerweile positiv.“

Man muss natürlich auch die schwierige Ausgangsbasis sehen: Nach dem Zerfall des Jugoslawiens von Marschall Josip Broz Tito fiel das Land in den 1990er Jahren in ein riesiges wirtschaftliches Chaos. Die Inflationsrate stieg auf dreistellige Prozentsätze, man diskutierte, für Grundnahrungsmittel Lebensmittelmarken einzuführen, Energieversorgung und Kommunikation lagen danieder. Der Balkankrieg hat die Lage weiter dra-

matisch verschlimmert. Das heutige Serbien versucht erst seit fünf Jahren, sich aus eigener Kraft auf die Beine zu stellen. Und es scheint zu funktionieren: Im Jahr 2005 flossen 1,5 Mrd. Euro an Direktinvestitionen aus dem Ausland, heuer – nicht zuletzt wegen dem Mobtel-Verkauf, der allein über eine Mrd. Euro bringen könnte – dürfte es noch mehr werden. Die Weltbank zeigt sich zufrieden: „Das ist ein guter Ausgangspunkt.“

www.ecoplus.at

plus
eco

ecoplus. Das Plus für Niederösterreich

neuland netzwerke

Mit Vernetzung können Sie theoretisch überall punkten.
In Niederösterreich auch praktisch.



Wo der Wettbewerb immer komplettere Leistungen und immer komplexere Lösungen verlangt, sind Klein- und Mittelbetriebe besonders herausgefordert – und neue Strategien gefordert: Kooperationen statt teure Alleingänge, flexible Netzwerke statt starrer Strukturen. Technik gemeinsam nutzen, Know-how gemeinsam umsetzen, Märkte gemeinsam erobern: Die Idee haben viele – in Niederösterreich setzen wir sie beispielhaft um. Als Ansprechpartner, wenn es um die Knüpfung von Netzwerken geht. Als Initiator, wenn es um Aufbau und Management von Clusterinitiativen geht. Und zwar genau dort, wo es sich lohnt: In Zukunftsbranchen wie Automotive, Wellbeing, Kunststoff, Ökobau, Holz und Lebensmittel. Und genau dort, wo es gebraucht wird: bei den mittelständischen Unternehmen. Schon jetzt profitieren mehr als 470 Betriebe in Niederösterreich davon. Denn wer mit Kooperationen Neuland betreten will, hat in Niederösterreich Heimvorteil. Nicht theoretisch. Sondern praktisch.

ecoplus. Die Wirtschaftsagentur für Niederösterreich

